



Grundlagen und Vollzug der privaten Normsetzung im technischen Bereich*

Hans Peter Homberger | *Die Schweizerische Normen-Vereinigung SNV ist die direkte Vertreterin der weltweiten und europäischen Normung in der Schweiz und fungiert als Drehscheibe in zahlreichen weiteren nationalen und internationalen Normennetzwerken. So nimmt die SNV eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Normungsexperten und den Normenanwendern wahr.*

Inhaltsübersicht

- 1 Normung und Gesetzgebung
- 2 Gesetzgebung
- 3 Gesetzesflut
- 4 Überregulierung
- 5 Staatliche Detailregulierung
- 6 Der «New Approach» der europäischen Union
- 7 Und die Schweiz?

1 Normung und Gesetzgebung

Zweifellos hat uns der wissenschaftliche Fortschritt, vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, das Leben erleichtert. Kombiniert mit den Möglichkeiten der elektronischen Datenübermittlung, mit dem Einsatz von Mikrochips im Produktionsprozess und den tiefen Transportpreisen im globalen Mobilitätsnetz, ist der Innovationsprozess zum wichtigsten Treiber für das Weltwirtschaftswachstum geworden. Alle 5 bis 7 Jahre verdoppelt sich das weltweit verfügbare Wissen (Rüttgers 1999, 23).

Die Flut an neuen Informationen, Produkten und Dienstleistungen muss gemanagt und sicher in die Gesellschaft integriert werden. Hat dies unser Leben und Arbeiten nicht auch komplizierter gemacht? So versuchen staatliche Stellen die Situation durch Gesetze zu meistern und Berufs- und Branchenverbände publizieren Leitfäden. Aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Produzentinnen und Produzenten sind nützliche Regelungen sicher berechtigt. Seitens der Unternehmer steigt jedoch der Unmut sowohl über die oft praxisferne und bürokratische Gesetzgebung als auch über die meist nicht harmonisierten und mit nationalem Protektionismus behafteten «Verbandsstandards». Die Flut an international nicht abgestimmter Regulierung hat das Mass des Erträglichen überschritten. Der be-



rühmte Ausspruch von Paracelsus scheint auch für die Regulierung zu gelten: Alle Ding' sind Gift und nichts ohn' Gift; allein die Dosis macht, dass ein Ding kein Gift ist.

Normung dagegen ist anders! Normung ermöglicht Vertreterinnen und Vertretern aus allen Branchen die Erarbeitung eines national, europäisch oder international verlässlich harmonisierten Informationsstands. Delegierte Fachpersonen aus Unternehmen, Organisationen und Konsumentenkreisen bringen ihre Erfahrung und ihr Wissen ein. Sie finden einen Konsens und erarbeiten hilfreiche Anleitungen für die effiziente Zusammenarbeit innerhalb der Unternehmen, zwischen Hersteller und Zulieferer, zwischen Regulator und Anbieter sowie zwischen Anbieter und Markt.

Normen sind nicht Gesetz! Normen werden nicht vom Gesetzgeber erarbeitet, sondern von der Wirtschaft selbst. Normung ist also Selbstregulierung. Normen beschreiben den aktuellen Stand des Wissens und sorgen für durchgängige Funktionalität von Produkten und Dienstleistungen über Schnittstellen hinweg. Normen sind also in vielen Fällen die vorteilhafte Alternative zur Gesetzgebung.

2 Gesetzgebung

Die strukturelle Voraussetzung zur Wahrung einer demokratischen Staatsordnung ist die Trennung der Gewalten in Gesetzgebung (Legislative), Verwaltung (Exekutive) und Gerichtsbarkeit (Justiz).

Die Gesetzgebung ist eine zentrale Aufgabe des Staats. Gesetzgebung soll sich aber im Wesentlichen auf den Erlass genereller, allgemein gültiger Rechtsvorschriften konzentrieren. Das Ziel der Gesetzgebung muss in erster Linie die Eindämmung von Kriminalität und von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken in einer Gesellschaft sein. Der Schutz von Bevölkerung und Umwelt sowie die Sicherung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenspiels stehen im Mittelpunkt. Gleichzeitig soll eine Bevormundung und unverhältnismässige Freiheitsbeschränkung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft vermieden werden.

3 Gesetzesflut

Seit Ende 1998 wächst die «Amtliche Sammlung des Bundesrechts» (in der sämtliche Erlasse des Landes veröffentlicht werden müssen) jedes Quartal um durchschnittlich mehr als 1'000 Seiten. In erster Linie liegt das an der rasant zunehmenden Menge und Komplexität von Produkten und Dienstleistungen auf dem Markt, gepaart mit einem stetig zuneh-



menden Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Das Phänomen ist nicht neu. Schon im durchadministrierten Römischen Kaiserreich wurde die wachsende Gesetzesflut beklagt, bis unter Kaiser Augustus (Regentschaft 31 v. Chr. – 14 n. Chr.) die Stabilisierung des Staatsapparats gelang und eine Phase wirtschaftlichen Wohlstands und kultureller Blüte eingeleitet wurde. Parallel konnten Steuerlast und Regulierungen deutlich verringert werden (Müller 2001, 54). Auch die gegenwärtige Regulierungsdichte sorgt für einen stetig wachsenden, zunehmend untragbaren bürokratischen und administrativen Aufwand:

Ist es zum Beispiel nötig, dass der Dokumentenumfang seit Einführung der Mehrwertsteuer vor elf Jahren und dem Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) vom 2. September 1999 (SR 641.20) zusammen mit allen Ausführungsbestimmungen, Broschüren, Wegleitungen und Merkblättern auf ein Volumen von mehr als 2'400 Seiten angewachsen ist?

Praktische Erfahrungen mit dem Mehrwertsteuergesetz sind denn auch der Grund, weshalb aus Unternehmerkreisen der Ruf nach entschlackten, einfachen Lösungen immer lauter wird. Ein Ansatz wäre zum Beispiel eine beschränkte Geltungsdauer von Gesetzen, nach deren Ablauf eine Überprüfung aufgrund der praktischen Erfahrung zwingend wäre.

4 Überregulierung

Dort, wo der Gesetzgeber seinen ursprünglichen Auftrag verlässt oder sich von Partikularinteressen instrumentalisieren lässt, entstehen durch den Gesetzgebungsprozess teilweise sonderbare Vorschriften. Zudem unterstehen Gesetze eben keiner systematischen Überprüfung und laufen daher Gefahr, «unbemerkt» zu veralten.

Ist es im Zeitalter der Globalisierung angebracht, eine interkantonale Vereinbarung über den Salzverkauf in der Schweiz vom 22. November 1973 (SR 691) am Leben zu erhalten? Dieser Erlass will in der Schweiz eine einheitliche Salzverkaufsordnung schaffen, ohne die kantonalen Salzregale zu beeinträchtigen.

Oder ist das Regulativ für die Verwaltung der Herzogstiftung vom 7. Mai 1895 (SR 517.31), in dem es um die Zinsverwaltung eines zu Ehren des Herrn General Herzog selig gestifteten Fonds in Höhe von 16'961 Franken geht, in der «Amtlichen Sammlung des Bundesrechts» am richtigen Ort aufgehoben?



Solchen Auswüchsen könnte mit System begegnet werden. Österreich zum Beispiel kennt ein «Deregulierungsgesetz», also ein Gesetz gegen die Gesetzesflut. In den USA gibt es die «Sunset Legislation». Darunter ist die automatische Auflösung von Erlassen nach einer bestimmten Periode zu verstehen. Zudem werden damit auch generell befristete legislative Akte bezeichnet (Hummler 2005, 6).

5 Staatliche Detailregulierung

Besonders problematisch wird es, wenn sich der Gesetzgeber mit der Regulierung von produktspezifischen Details befasst. Da die meisten Produkte, Dienstleistungen und Prozesse durch neue Erkenntnisse einem stetigen Wandel unterworfen sind, wirken solche Versuche meist bald veraltet oder gar lächerlich. Die Politik ist hoffnungslos überfordert. Eine Strategie der behördlichen Detailregulierung widerspricht den Grundprinzipien der Marktwirtschaft. Hier kommt es auf Rahmenbedingungen an, die sich durch möglichst wenige, allgemeine Regeln auszeichnen. Konzentration auf das Wesentliche lautet die Devise, und zwar sowohl aus nachhaltigkeitspolitischer als auch aus ordnungspolitischer Sicht! (Minsch 2003).

Seit 1985 gilt der von der Europäischen Union (EU) im so genannten New Approach gefasste Grundsatz, in technischen Vorschriften (Richtlinien) nur die wesentlichen Anforderungen an das Produkt festzulegen. Die Details werden in so genannten harmonisierten Normen geregelt, die vom Comité Européen de Normalisation (CEN), vom Comité Européen de Normalisation Electrotechnique (CENELEC) und dem European Telecommunications Standards Institute (ETSI) ausgearbeitet und im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Trotzdem kann die Europäische Kommission der Versuchung zur staatlichen Detailregulierung nicht widerstehen, wie das folgende Beispiel aus der «Leiterrichtlinie» zeigt:

Das Verrutschen der Füße von tragbaren Leitern wird vor deren Inbetriebnahme entweder durch Fixierung des oberen oder unteren Teils der Holme oder durch eine Anti-Rutschvorrichtung oder durch eine andere gleichwertige Lösung verhindert. Die Leiter ist vorzugsweise durch alle praktikablen Massnahmen sicher zu arretieren. Für den Zugang benutzte Leitern müssen so lang sein, dass die Holme weit genug über die Ebene, die mit ihnen erreicht werden soll, hinausragen. Ausziehleitern werden in einer Weise verwendet, dass sie sicher stehen. Das Festhalten durch eine andere Person als Sicherheitsmassnahme ist nicht erlaubt.¹



6 Der «New Approach» der Europäischen Union

Der «New Approach» oder die «Neue Konzeption» der Europäischen Union ist seit 1985 der erfolgreiche Versuch, staatliche Gesetzgebung mit wirtschaftsfreundlicher Selbstregulierung zu kombinieren. Die Grundsätze lauten:

- Die Harmonisierung der Rechtsvorschriften beschränkt sich auf die grundlegenden Anforderungen der Richtlinie(n).
- Technische Spezifikationen werden in harmonisierten Europäischen Normen festgelegt.
- Die Anwendung der harmonisierten oder sonstigen Normen bleibt freiwillig. Bei Nichtanwendung dieser Normen ist der Leistungserbringer bei einem Schadenfall in der Nachweispflicht, das heisst er muss beweisen, dass seine Prozesse dem aktuellen Stand des Wissens entsprechen.
- Bei Produkten und Dienstleistungen, die nach harmonisierten Normen hergestellt wurden, wird davon ausgegangen, dass sie die grundlegenden Anforderungen der betreffenden Richtlinie(n) erfüllen.
- Erzeugnisse, welche diese grundlegenden Anforderungen erfüllen, tragen die CE-Kennzeichnung.
- Eine vorgeschlagene Richtlinie muss vom Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden.

Die Anpassung der schweizerischen Produktgesetzgebung an die europäischen New and Global Approach Richtlinien macht es erforderlich, dass die Schweiz die harmonisierten Normen (respektive mandatierte Normen) in Nationale Normen umsetzt. Daher ist es wichtig, dass schweizerische Interessen bereits im Entwurfstadium von harmonisierten Normen eingebracht werden können.²

7 Und die Schweiz?

Die schweizerische Gesetzgebung kennt formal auf nationaler Ebene das Prinzip des New Approach nicht. Wie die erwähnten Beispiele zeigen, findet auf Gesetzesebene nach wie vor Detailregulierung statt. So besteht die Gefahr, dass der grenzüberschreitende Handel mit Waren auf dem Gesetzesweg zum Beispiel aufgrund von Immaterialgüterrechten unnötig eingeschränkt wird. Der Import bestimmter Waren aus dem Ausland ist heute teilweise von einer nationalen Zulassung beziehungsweise Bewilligung abhängig, die übergeordneten staatlichen Schutzinteressen wie etwa der Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung dient. Liegt hingegen eine nicht durch übergeordnete öffentliche Interessen gerechtfertigte bürokratische



Behinderung der Inverkehrbringung vor, spricht man von nichttarifären Handelshemmnissen.

Ein Mittel, nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen, sind Europäische oder Internationale Normen, gekoppelt mit staatsvertraglicher gegenseitiger Anerkennung (MRA³ mit der EU). Gesetz ist Regulierung, Normung ist Selbstregulierung. Normen sind wirkungsvoll, weil Unternehmen deren Inhalt selber aktiv mitbestimmen können. Dieses Verständnis eröffnet den Schweizer Unternehmen grosse Chancen. Gleichzeitig wirkt es dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber nationaler und europäischer Gesetzgebung entgegen. Schweizer Politikerinnen und Politiker sowie Unternehmerinnen und Unternehmer beklagen heute die vorhandene Überregulierung vielleicht gerade deshalb, weil staatliche Stellen bei auftretenden Problemen zuerst an neue Gesetze und nicht an die unternehmerfreundliche Selbstregulierung durch Normen denken.

Dabei verfügt die Schweiz über eine eigene starke Normenorganisation. Sie ist auch im Auftrag des Staats darum besorgt, bei der Entwicklung von Internationalen oder Nationalen Normen mitzuwirken und Normen im Interesse der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen und zu verbreiten. In der Schweiz hat die SNV Schweizerische Normen-Vereinigung diese Funktion inne. Aufgrund ihres Inseldaseins im europäischen Markt ist es umso wichtiger, dass die Schweiz die Fäden auf die Ebene der Normung mit der EU zusammenbringt. Es gilt nicht nur, die Interessen unseres Landes zu vertreten, sondern durch die Mitarbeit in der Normung einen Vorsprung in der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu gewinnen.

Als zukunftsorientierte Dienstleisterin nimmt die SNV diese Herausforderung jeden Tag aufs Neue an – gemeinsam mit ihren Partnern und Partnerinnen in Unternehmen und Institutionen, engagiert und mit Beharrlichkeit.

Anmerkungen

- * Dieser Beitrag wurde bereits unter dem Titel «Überregulierung» im Jahresberichts 2005 der SNV publiziert.
- 1 EU RL 89/655/EWG (Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit), Ziffer 4.2.2 des Anhangs.
- 2 Staatssekretariat für Wirtschaft (seco); www.seco.admin.ch/themen/aussenwirtschaft/warenverkehr/massnahmen/unterseite00008/index.html?lang=de.
- 3 Mutual Recognition Agreement (MRA); www.seco-admin.ch/themen/aussenwirtschaft/seiten/00033/unterseite00009/index.html?lang=de.

Literatur

- Rüttgers, Jürgen, 1999, *Zeitenwende, Wendezeiten*, Berlin.
- Müller, Christoph A., 2001, *(De-)Regulierung und Unternehmertum*. IGW-HSG, Schweizerisches Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Universität St. Gallen, St. Gallen.
- Hummeler, Konrad, 2005, *Gesetzesflut: 5484 Seiten, Avenir Aktuell*, 2005/3, S. 6.
- Minsch, Jürg, 2003, *Nachhaltige Entwicklung - Vom Schlagwort zu Innovationsstrategien*. Gastvorlesung an der FH Wiener Neustadt / Wieselburg, Studiengang Produkt- und Projektmanagement.





Bases et exécution des normes privées dans le domaine technique*

Hans Peter Homberger | L'Association Suisse de Normalisation (SNV), représentante directe de la normalisation mondiale et européenne en Suisse, fait fonction de plaque tournante pour de nombreux autres réseaux nationaux et internationaux de normalisation. Ainsi, la SNV assure une importante fonction de liaison entre les experts de la normalisation et les utilisateurs des normes.

Sommaire

- 1 Normalisation et Législation
- 2 Législation
- 3 Flux des lois
- 4 Surréglementation
- 5 Réglementation étatique détaillée
- 6 La «Nouvelle approche» (new approach) de l'Union européenne
- 7 Et en Suisse?

1 Normalisation et Législation

Les progrès de la science, sur tout dans les domaines des sciences naturelles et des sciences de l'ingénieur, nous ont sans aucun doute facilité la vie. L'innovation, avec les possibilités de transmission de données électronique, l'emploi de microprocesseurs dans les procédés de production et les bas prix du transport dans le réseau global de mobilité, est devenu le principal moteur de l'économie mondiale. Les connaissances disponibles au niveau international doublent tous les 5 à 7 ans (Rüttgers 1999, 23).

Le flux de nouvelles informations, de nouveaux produits et services doit être géré et intégré dans la société. Mais ceci, n'a-t-il pas aussi compliqué notre vie et notre travail? Ainsi, les bureaux d'Etat essaient de maîtriser la situation par des lois et les associations professionnelles ou de branche publient des lignes directrices. Du point de vue du consommateur et du fabricant, des réglementations utiles sont certainement justifiées. Toutefois, les entrepreneurs sont de plus en plus mécontents non seulement de la législation bureaucratique, souvent très éloignée de la pratique, mais aussi des «normes des associations» souvent non-harmonisées et «atteintes» de protection-



nisme national. Le flux de réglementations non-harmonisées sur le plan international a dépassé la limite du supportable. La citation célèbre de Paracelse semble également s'appliquer à la réglementation: Tout est poison et rien n'est poison; c'est la dose qui fait le poison.

La normalisation est quant à elle toute autre! La normalisation permet aux représentants de toutes les branches d'élaborer des documentations harmonisées aux niveaux national, européen ou international. Des experts délégués des entreprises, des organisations et des associations de consommateurs apportent leurs expériences et leurs connaissances. Ils trouvent un consensus et élaborent des directives utiles surtout pour une collaboration efficace au sein de l'entreprise, entre fabricants et fournisseurs, entre régulateurs et fournisseurs, ainsi qu'entre fournisseurs et consommateurs.

Les normes ne sont pas des lois! Les normes ne sont pas élaborées par le législateur mais par l'économie, elle-même. La norme est donc une autoréglementation. Les normes décrivent l'état actuel des connaissances et assurent une fonctionnalité constante des produits et des services par des interfaces. Les normes sont dans de nombreux cas l'alternative intéressante à la législation.

2 Législation

La condition structurelle pour assurer une organisation démocratique d'un état est la séparation du pouvoir en législation (pouvoir législatif), gestion (pouvoir exécutif) et juridiction (pouvoir judiciaire).

La législation est une mission importante de l'état, la législation doit toutefois se concentrer pour l'essentiel à l'arrêté de prescriptions légales, globales, dont l'application est générale. Le but de la législation doit être en premier lieu l'endiguement de la criminalité et des risques pour la santé et la sécurité dans une société. La protection de la population et de l'environnement ainsi que la garantie de l'interaction sociale et économique en est le point central. Une tutelle et une limitation excessive des libertés des personnes et de l'économie doivent être également évitées.

3 Flux des lois

Depuis la fin de l'année 1998, le «recueil officiel des lois fédérales » (dans lequel l'ensemble des décrets du pays doivent être publiés) augmente tous les trimestres de plus de 1'000 pages en moyenne. En première ligne, ceci résulte de la croissance rapide de la quantité et de la complexité des produits et des services mis sur le marché, ainsi que d'un besoin grandissant de sécurité de la population. Le phénomène n'est pas nouveau. On déplorait déjà le flux



croissant des lois de l'empire romain très administratisé, jusqu'à une stabilisation de l'appareil étatique et une phase de prospérité économique et culturelle sous l'empereur Auguste (de 31 avant J. C. – 14 après J. C.). Les charges fiscales et les réglementations ont pu être ainsi nettement réduites. (Müller 2001, 54). La densité actuelle de la réglementation entraîne une charge bureaucratique et administrative toujours croissante et de plus en plus insupportable:

Est-il par exemple utile que le volume de la documentation depuis l'introduction de la taxe sur la valeur ajoutée il y a 11 ans et depuis la loi fédérale sur la taxe de la valeur ajoutée (loi sur la valeur ajoutée, LTVA) du 2 septembre 1999 (SR 641.20), avec toutes les directives d'application, les brochures, les instructions et les notices, atteigne plus de 2'400 pages?

L'expérience avec la loi sur la taxe sur la valeur ajoutée est alors également la raison pour laquelle l'appel des entreprises pour des solutions simples, épurées, est de plus en plus pressant. Un début serait par exemple d'instaurer une durée de validité limitée des lois, après l'expiration desquelles un contrôle basé sur l'expérience serait obligatoire.

4 Surréglementation

Là où le législateur s'écarte de son mandat initial ou se fait «manipuler» par des intérêts particuliers, le processus de législation permet de créer des prescriptions par fois étranges. De plus, certaines lois ne sont soumises à aucun contrôle systématique et deviennent obsolètes sans que l'on s'en aperçoive.

Est-il opportun, à l'ère de la globalisation, de maintenir une convention intercantonale sur la vente du sel en suisse, datant du 22 novembre 1973 (SR 691)? Cette convention a pour objet l'instauration d'un régime uniforme de vente du sel qui sauvegarde les droits cantonaux des sels.

Ou, le règlement concernant l'administration du fonds Herzog du 7 mai 1895 (SR 517.31), dans lequel il s'agit de la gestion des intérêts d'un fond créé à titre posthume en l'honneur du général Herzog, d'un montant de 16'961 francs, est-il au bon endroit, dans le «recueil officiel des lois fédérales»?

De tels excès pourraient être évités avec systématique. L'Autriche par exemple connaît une «loi de déréglementation», c'est à dire une loi contre le flux des lois. Aux USA, il existe la «Sunsetlegislation». On entend par là, la dissolution automatique des décrets après un période donnée. Des actes législatifs généralement avec échéance, sont en outre indiqués (Hummler 2005, 6).



5 Réglementation étatique détaillée

Une problématique particulière est si le législateur s'occupe de la réglementation des détails spécifiques à un produit. Etant donné que la majorité des produits, des services et des procédés sont soumis à une constante mutation en raison des nouvelles connaissances, de tels essais sont généralement rapidement obsolètes, voire risibles. La politique est surchargée, sans espoir. Une stratégie de la réglementation officielle détaillée contredit alors également les principes fondamentaux de l'économie de marché, dans lesquels priment les conditions cadres, qui se distinguent par des règles générales, aussi peu nombreuses que possible. La devise est: Se concentrer sur l'essentiel et ce, que ce soit des points de vue de la pérennité ou de l'administration sur le plan politique! (Minsch 2003).

Depuis 1985, le principe adopté par l'union européenne (UE) dans la «nouvelle approche», est de définir dans les prescriptions (directives) techniques uniquement les exigences essentielles sur le produit. Les détails sont réglementés dans les normes appelées harmonisées, élaborées par le Comité Européen de Normalisation (CEN), le Comité Européen de Normalisation Electrotechnique (CENELEC) et le European Telecommunications Standards Institute (ETSI) et publiées dans le journal officiel de l'UE. La commission européenne ne peut pas, malgré tout, résister à la tentation d'une réglementation officielle détaillée comme le montre l'exemple suivant, tiré de la directive sur les «échelles»:

Le glissement des pieds des échelles portables doit être empêché avant la mise en service par la fixation des parties inférieures et supérieures des montants ou par tout dispositif antidérapant ou par tout autre solution d'efficacité équivalente. L'échelle doit être bloquée de préférence par toutes les mesures praticables. Les échelles d'accès doivent être d'une longueur telle que les montants dépassent suffisamment le niveau qui doit être atteint. Les échelles télescopiques doivent être employées de manière à ce qu'elles soient stables et sûres. Le maintien par une autre personne n'est pas autorisé comme mesure de sécurité.¹

6 La «Nouvelle approche» (new approach) de l'Union européenne

La «nouvelle approche» ou la «nouvelle conception» de l'union européenne est, depuis 1985, l'essai réussi de combiner la législation nationale à l'autoréglementation économique. Les principes sont:

- L'harmonisation des prescriptions légales se limite aux exigences fondamentales des directives.





- Les spécifications techniques sont définies dans les normes européennes harmonisées.
- L'application des normes harmonisées ou autres normes reste libre. Le prestataire de services est dans l'obligation, s'il n'applique pas ces normes, de prouver en cas de dommages, que ses procédés correspondent au dernier état de la technique.
- Les produits et les services fabriqués selon les normes harmonisées, sont considérés conformes aux exigences fondamentales des directives correspondantes.
- Les produits satisfaisant aux directives fondamentales portent le marquage CE.
- Une directive proposée doit être validée par le conseil de l'UE à la majorité qualifiée.

L'adaptation de la législation suisse sur les produits aux directives européennes de la «New and Global Approach» nécessite que la Suisse applique les normes harmonisées (respectivement les normes mandatées) aux normes nationales. Il est donc important que les intérêts suisses puissent être intégrés, dès le stade du projet dans les normes harmonisées.²

7 Et en Suisse?

La législation suisse ne connaît pas au niveau national, sur le plan formel, le principe de la «nouvelle approche». Comme les exemples mentionnés ci-dessus le montrent, il y a comme auparavant des réglementations détaillées au niveau législatif. Il existe donc le risque que le commerce international des marchandises soit inutilement limité par la voie administrative, par exemple en raison des droits sur les biens immatériels. L'importation de certaines marchandises de l'étranger dépend aujourd'hui par fois d'une autorisation nationale qui sert les intérêts nationaux supérieurs de la protection, tels que la sécurité et la santé de la population. S'il y a par contre un empêchement bureaucratique, nonjustifié par des intérêts publics supérieurs, d'une commercialisation à l'intérieur du pays, on parle d'entraves commerciales nontarifaires.

Un moyen de démonter ces entraves commerciales nontarifaires sont des normes européennes et internationales associées à des accords de reconnaissance mutuelle (MRA³ avec l'UE). La loi est réglementation, la normalisation est autoréglementation. Les normes sont efficaces car les entreprises peuvent coopérer de manière active à la rédaction du contenu. Cette conception ouvre aux entreprises suisses de grandes opportunités. Elle s'oppose en même



temps au sentiment d'impuissance envers la législation nationale et européenne.

Les politiciens et entrepreneurs suisses déplorent aujourd'hui la surréglementation présente, peut-être justement parce que les bureaux d'Etat pensent tout d'abord à de nouvelles lois lors de problèmes et non à l'autoréglementation des entreprises par des normes. La Suisse dispose en cela d'une organisation de normalisation forte. Cette dernière assure, à la demande de l'état, la participation au développement des normes internationales ou nationales d'une part et l'adaptation et la diffusion des normes dans l'intérêt de l'économie et de la société suisses d'autre part. La SNV, Association Suisse de Normalisation, exerce cette fonction en Suisse. De par sa présence en îlot dans le marché européen, il est d'autant plus important que la Suisse s'associe à l'UE au niveau de la normalisation. Ceci ne s'applique pas uniquement à la représentation des intérêts de notre pays mais aussi à l'avance acquise dans le développement de nouveaux produits et services par la coopération dans la normalisation. En tant que prestataire de service tourné vers l'avenir, la SNV relève tous les jours de nouveaux défis – avec ses partenaires dans les entreprises et dans les institutions, engagée et avec une grande ténacité.

Notes

- * Cette contribution a déjà été publiée dans le rapport annuel 2005 de la SNV, sous le titre «Surréglementation»
- 1 Directive UE 89/655/CEE (Prescriptions minimales de sécurité et de santé pour l'utilisation par les travailleurs d'équipements de travail), Article 4.2.2 de l'annexe.
- 2 Secrétariat d'Etat à l'économie (seco); www.seco.admin.ch/themen/aussenwirtschaft/warenverkehr/massnahmen/unterseite00008/index.html?lang=de
- 3 Mutual Recognition Agreement (MRA); www.seco-admin.ch/themen/aussenwirtschaft/seiten/00033/unterseite00009/index.html?lang=d

Bibliographie

- Rüttgers, Jürgen, 1999, *Zeitenwende, Wendezeiten*, Berlin.
- Müller, Christoph A., 2001, *(De-)Regulierung und Unternehmertum*. IGW-HSG, Schweizerisches Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Universität St. Gallen, St. Gallen.
- Hummeler, Konrad, 2005, *Gesetzesflut: 5484 Seiten*, *Avenir Aktuell*, 2005/3, S. 6.
- Minsch, Jürg, 2003, *Nachhaltige Entwicklung - Vom Schlagwort zu Innovationsstrategien*. Gastvorlesung an der FH Wiener Neustadt / Wieselburg, Studiengang Produkt- und Projektmanagement.